

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Wochenschrift „Die horen“

Ercheint 12 mal wöchentlich. Bezugspreis: Abnehmer monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. Durch Träger u. Agenturen: Monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 Pf., frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 1 Pf., vierteljährlich 3 Pf., ohne Bestellgebühr. Einzelnummer 5 Pf.

Verlag und Redaktion: Nikolastraße 11
Filialen: Mauritiusstraße 12 und Bismardring 29.

Anzeigenpreis: Die Kolonietheile in Wiesbaden 20 Pf., Deutschland 20 Pf., Ausland 40 Pf., Weltweite 1.50 Pf. Anzeigenannahme: Für Abend-Ausgabe d. i. Uhr mittags, Morgenauflage d. 7 Uhr abends. Fernsprecher: 199. und 198. Redaktion Nr. 198. Verlag Nr. 199.

Nummer 324

Dienstag, den 29. Juni 1915

69. Jahrgang

Verstimmte Börsen in Paris und London.

Alle feindliche Angriffe im Westen blutig abgeschlagen. — Neue größere Erfolge in Galizien. — Zusammengehen aller germanischen Kleinstaaten gegen Englands Seethrannei.

Sturm in der deutschen Sozialdemokratie.

Die bisher in den Mantel des Geheimnisses gehüllte Eingabe der auf dem äußersten linken Flügel der Sozialdemokratie stehenden Abgeordneten und Fraktionen an den Parteivorstand vom 9. Juni wird jetzt im Wortlaut in der „Berliner Tagwacht“ veröffentlicht. Es geht daraus mit Deutlichkeit hervor, daß die Meinungsverschiedenheiten — nicht nur in taktischer, sondern auch in grundsätzlicher Beziehung so gewaltig sind, daß sie sich auch künstlich nicht mehr überbrücken lassen dürften. Wenn es auch zweifellos übertrieben ist, wenn die „Berliner Tagwacht“ schreibt, daß es nicht mehr einzelne seien, die den Kampf aufnehmen, sondern daß das, was jetzt herübertrifft, das Brausen des Ächerons sei, der sich in Bewegung setzt, so hat das Organ der Schweizer Sozialdemokratie doch darin Recht, daß die mühevollen Arbeit vieler Monate auf Kosten der Opposition nicht umsonst war. Tatsächlich trägt der Aufruf schon hunderte von Unterschriften, darunter allein die von 26 Parteiredakturen, 15 Reichstags- und 3 Landtagsabgeordneten, 18 Gewerkschaftsbeamten und zwei Gesamtvorständen von Wahlkreisorganisationen.

An Festigkeit in Ausfällen gegen die parlamentarische und außerparlamentarische Leitung der deutschen Sozialdemokratie leidet sich der Aufruf das denkbar Mögliche, er geht bei weitem über die Angriffe hinaus, die die Jungen bei dem Fall des Sozialistengesetzes gegen den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion gerichtet haben. Nicht nur von „einer schroffen Abkehr von ihren bisherigen Grundsätzen“, eine „Hinterstufenpolitik nach dem Muster kapitalistischer Klänge“ und was dergleichen Nebensachen mehr sind, wird der Reichstagsfraktion zum Vorwurf gemacht, sondern auch, daß sie jedem ernsthaften Kampf ausgewichen sei und damit die aufgezwungene Rechtslosigkeit in eine freiwillig übernommene verwandelt habe, „um dann durch ihren Redner der untertänigen Hoffnung Ausdruck zu geben, eine Milderung der Zensur lasse sich vielleicht von einer Fälschung beim Kaiser erreichen.“ Was der Aufruf über den Charakter des Weltkrieges sagt, können wir auch nur andeutungsweise nicht wiedergeben. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß mit nackten Worten der Krieg als ein imperialistischer hingestellt und den leitenden Parteien vorgeworfen wird, daß sie nicht nur in dem „unvergleichlichen geschäftlichen Augenblick“ am 4. August 1914 versagt, sondern auch bei den späteren Reichstagsverhandlungen den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik“ aufgegeben haben, und zwar „nicht aus bloßer Schwäche und Burgfriedensfreundlichkeit, sondern weil ein erheblicher Teil der Reichstagsfraktionen, ebenso wie der preussischen Landtagsfraktionen und wie andere einflussreiche Genossen — in konsequenter Fortbildung der Politik des Durchhaltens, das heißt der hemmungslosen Völkerverflechtung, auch dieser Eroberungspolitik“ mit vollem Bewußtsein anhängt.

Daß die Sozialdemokraten der feindlichen Länder dem eigenen Lande als Musterknaben vor Augen geführt werden, wundert uns nicht, aber die Tatsache, daß gerade die ausländischen Sozialdemokraten fortgesetzt zum Kampf bis aufs Messer gegen Deutschland gehen haben und noch gehen, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft. Vollig unangebracht ist der Vergleich mit der italienischen Sozialdemokratie, denn in Italien lagen die Verhältnisse bekanntlich wesentlich anders als im Juli und August vorigen Jahres in Deutschland. Das weiß jedes Kind, das dürfte auch den Verfassern des Aufrufs nicht ganz unbekannt sein.

Frägt man sich nach dem Zweck der Uebung, so wird man un schwer erkennen, daß es sich weniger um die Einleitung einer Friedensaktion handelt, als um den offenen Versuch, die Sozialdemokratie zu spalten und einen Teil ins radikale oder rund heraus gesagt, ins anarchistische Lager hinüberzuführen. Fraktion und Parteivorstand werden aufgefordert, „endlich und ohne Zaudern dem Par-

teivorstand Einhalt zu tun, den Burgfrieden aufzulösen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den „sozialistischen“ Kampf für den Frieden zu eröffnen“. Das sind natürlich nur Phrasen. Ganz abgesehen davon, daß es einen besonderen „sozialistischen“ Kampf für den Frieden nicht gibt, sollten auch die Verfasser wissen, daß zum Friedensschluß mindestens zwei gehören und daß von Friedensneigungen bei unseren Gegnern bisher nichts zu merken ist. Wir zweifeln auch, ob die Bekanntgabe des Aufrufs, die ja nach der Veröffentlichung der „Berliner Tagwacht“ nunmehr überall erfolgen dürfte, im Auslande Friedensstimmung erzeugt, im Gegenteil, er wird als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden und den Frieden nicht beschleunigen, sondern hinauszögern. Innerhalb der Reihen der Sozialdemokratie kann der Aufruf Verwirrung anrichten, auf die politische Lage hat er keinen Einfluß, er ist nichts weiter als der Ausdruck der Unzufriedenheit einiger Elemente, die glauben, daß sie berufen sind, eine Rolle im politischen Leben zu spielen, denen aber die erste Vorbedingung dafür, das Gefühl der Verantwortlichkeit, völlig fremd ist. Daß, wie sie selbst hochfahrend betonen, eine „Macht“ hinter ihnen steht, glauben wir nicht, die offizielle Sozialdemokratie hat mit ihnen nichts zu tun, und auch die Massen im Lande wollen, wie die in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Beschlüsse zeigen, nichts davon wissen.

Die Friedenskundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Lugano, 20. Juni. (T.-U.-Tel.)

Die gesamte Presse behandelt wohlgefällig die Friedenskampagne der deutschen Sozialdemokraten als einen Beweis der Schwäche und inneren Uneinigkeit Deutschlands sowie der empfindenden Unerschütterlichkeit der deutschen Kriegsziele.

Die neuen Verordnungen zur Sicherstellung der Ernte.

Berlin, 20. Juni. (T.-U.-Tel.)

Ueber den Inhalt der neuen Verordnungen, die der Bundesrat in seiner gestrigen Sitzung zur Sicherstellung unserer Ernte erlassen hat, erzählt die „V. Z.“ von maßgebender Seite:

Es bleibt grundsätzlich bei den Höchstpreisen, sowohl für Brotgetreide als auch für Futtermittel. Die Festsetzung dieser Höchstpreise erfolgt aber erst später, wenn man übersehen kann, welche Entwicklung unsere Ernte nimmt; ebenso bleibt es bei der Beschlagnahme für alle diese Erzeugnisse. Die Verordnungen sind neu durchgearbeitet und möglichst in ein System gebracht worden. Bei Brotgetreide und Futtermittel unterscheidet sich die neue Verordnung von der früheren dadurch, daß die Beschlagnahme zugunsten der Kommunalverbände erfolgt.

Ein Reuterscher Orakelspruch.

Amsterdam, 20. Juni. (T.-U.-Tel. Gr. Bln.)

Reuter meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat Nachricht aus Berlin erhalten, wonach Deutschlands Antwort betreffend den Unterseebootkrieg ausfallen wird. (Für wen und für was günstig — das sagt Reuter nicht. Schrift.)

Zum englischen Flaggenbetrug.

New-York, 20. Juni. (T.-U.-Tel.)

Die Regierung richtete eine neue Anfrage nach England wegen der Benutzung der amerikanischen Flagge durch englische Schiffe.

Edward Grey endgültig aus dem Kabinett ausgeschieden.

Rotterdam, 20. Juni. (P.-Tel. Gr. Bln.)

Auf der Tagung des liberalen Wahlvereins der Grafschaft London gab der Parteivorstand bekannt, daß nach ihm gewordenen Informationen Sir Edward Grey endgültig aus dem Kabinett ausgeschieden sei.

Ämtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Juni, vorm. (Ämtl.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Franzosen bereiteten gestern durch Karlss Feuer zwischen der Straße Lens-Beihune und Arras nützliche Infanterieangriffe vor, die jedoch durch unser Artilleriefener niedergeschlagen wurden.

Auf den Maas Höhen griff der Feind die von uns am 26. Juni gewonnenen Stellungen südwestlich von Les Eparges im Laufe des Tages fünfmal an. Unter großen Verlusten brachen diese Angriffe, ebenso wie ein nützlicher Vorstoß östlich der Tranchée erfolglos zusammen.

Westlich von Luneville gelangten drei von mehreren feindlichen Bataillonen ausgeführten Angriffe gegen unsere Stellungen im Walde Les Remais und westlich von Reims-Grandreux nur bis an unsere Hindernisse. Der Feind flüchtete unter unserem Feuer in seine Stellungen zurück.

Eine feindliche Artillerie-Beobachtungsstelle auf der Raiedrale von Soissons wurde gestern von unserer Artillerie beseitigt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Armee des Generals von Linington hat den Feind in der Verfolgung auf der ganzen Front von Galica und Irlsejow über die Grita-Lipa geworfen. In diesem Abschnitt wird noch gekämpft.

Weiter nördlich ist die Gegend von Przemyślani-Ramionka erreicht. Nördlich Ramionka wartete der Gegner unseren Angriff nicht ab; er ging hinter den Bug unterhalb dieses Dries zurück.

Nördlich und nordwestlich Roky-Blekkie (30 km. nördlich von Lemberg) sowie nordöstlich und westlich von Tomaszow stellte sich gestern der Feind; er wurde überall geworfen. Wir stehen jetzt auch hier auf russischem Boden. Unter dem Druck unseres Vorgehens in diesem Raume beginnt der Feind seine Stellungen am Tanewabschnitt und am unteren San zu räumen.

Oberste Seeresleitung.

Verstimmung an der Londoner und Pariser Börse.

Berlin, 20. Juni. (T.-U.-Tel.)

Nach hier an der Börse eingetroffenen Meldungen war die Tendenz der gestrigen Pariser und Londoner Börsen in Rückwirkung der Zusammenkunft der politischen Leiter der Zentralmächte in Wien.

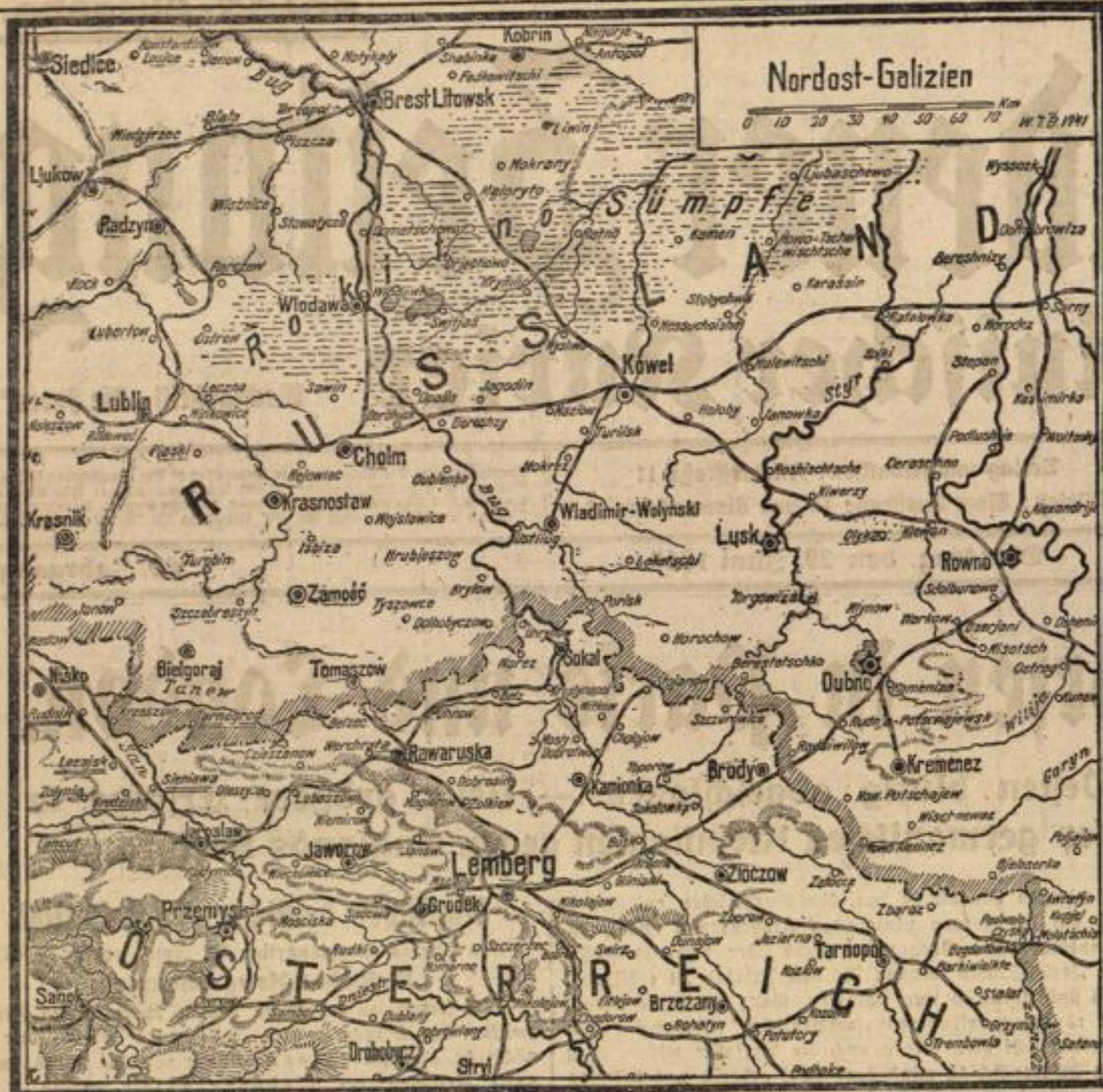
Der nervöse Bierverband.

Saag, 20. Juni. (P.-Tel. Gr. Bln.)

Nach Pariser und Londoner Berichten legen die dortigen Regierungskreise der jüngsten Begegnung deutscher und österreichischer Staatsmänner in Wien große Bedeutung bei. Die Zusammenkunft erzeugte in den Bierverbandsländern eine arge Nervosität, da dort ein Abkommen der Zentralmächte mit den Balkanstaaten, unter Umständen sogar ein Sonderfrieden mit Serbien befürchtet wird. Vielsach herrscht in London und Paris die Befürchtung, Rumänien könnte an der Seite der Zentralmächte in den Krieg eingreifen.

Rotterdam, 20. Juni. (P.-Tel. Gr. Bln.)

Ueber Kopenhagen wird aus Bukarest gemeldet, daß König Ferdinand von Rumänien sich mit seiner Gemahlin und seinen Kindern in den nächsten Tagen zum Sommeraufenthalt nach Sinaia begeben werde. Die Vorbereitungen zu der Ueberfledung sind bereits getroffen worden. (Daraus könnte man schließen, daß Rumänien sich nunmehr endgültig zu einer Politik der Neutralität und Ruhe entschlossen habe. Red.)



Einigung zwischen den germanischen Nordstaaten.

Kopenhagen, 29. Juni. (P.-Tel. Ctr. Bln.) Das norwegische Storting wird demnächst der Regierung die Einberufung einer nordischen Konferenz vorschlagen, an der außer den skandinavischen Staaten auch Holland teilnehmen soll. Die Konferenz soll die Dreikönigskonferenz von Roms fortsetzen und gerechtere Verhältnisse für die neutrale Nordseeschifffahrt erzwingen. Anlaß hierzu haben die englischen Repressalien der letzten Zeit gegen Schweden gegeben.

Stockholm, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Der frühere schwedische Staatsminister Karl Staaff, hielt vorgestern in Schweden eine, große Aufmerksamkeit erregende politische Rede, worin er deutlich zu erkennen gab, daß Schweden durchaus nicht beabsichtige, eine Abenteuer-Politik zu treiben. Er erklärte, daß er mit der Zeitung, die am meisten von aktiver Neutralität geredet, nämlich mit der „Nya Dagbladet“ darüber einig sei, daß Schweden in diesem Kriege für keine der gegnerischen Mächtegruppen Partei nehmen sollte, daß aber diejenigen von ihnen, die Schwedens Rechte zu kränken versuchen würden, selbstverständlich dabei riskieren würde, sich Schweden zum Feinde zu machen.

Der englische Zensur wacht über Frankreich.

Klagen über die Eingriffe, die sich England den Postsendungen neutraler Staaten gegenüber zu schulden kommen läßt, sind in gewissen Zeitabständen regelmäßig wiederkehrend. Heute liegt ein Briefumschlag vor, dessen Absender ein Notar A. H. in Le Havre ist; die Adresse lautet auf den in einem deutschen Gefangenenlager befindlichen Sohn des Notars. Dieser Briefumschlag ist mit einem Zettel überklebt, der den gedruckten Vermerk „D. p. n. 63 613“ trägt.

Der englische Zensur öffnet also auch Briefe, die in einer französischen Hafenstadt zur Beförderung in ein deutsches Gefangenenlager aufgegeben werden, und die schon äußerlich als Familienbriefe kenntlich sind.

Man fragt sich: Geschieht das gedankenlos aus dieser Brutalität englischer Weltbeherrschung heraus, oder es zur selbstverständlichen Gewohnheit geworden ist, sich über die Rechte anderer hinwegzusetzen, oder ist bereits das Mißtrauen gegen den Verbündeten erwacht?

Man fragt sich aber auch, wie lange es noch dauern mag, bis in Frankreich das Gefühl allgemein geworden ist, daß das Bündnis mit England nur immer neue Opfer und neue Demütigungen einbringt? Denn England lobt die Opfer, die es von seinem Verbündeten fordert, mit Demütigungen, die es ihnen auferlegt.

Polivanow und Kuropatkin.

Petersburg, 29. Juni. (Nichtamtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur: Der Kaiser hat das Rücktrittsgesuch des Kriegsministers, General-Adjutanten Suchomlinow, angenommen und den General der Infanterie Polivanow als Verweser des Kriegsministeriums ernannt.

Lugano, 29. Juni. (P.-Tel. Ctr. Bln.) Der russische Botschafter in Rom gibt den Rücktritt des Kriegsministers Suchomlinow zu, der durch den General Polivanow ersetzt wird, während Kuropatkin zum Befehlshaber der Armee ernannt wird.

Der Aufruhr in Rußland.

Unterest, 29. Juni. (Eig. Tel. Ctr. Bln.) Nach hiesigen Blättermeldungen sind von durchaus vertrauenswürdigen Stellen in Rußland hier Nachrichten eingegangen, daß es in Kiew zu einem blutigen Aufstand kam, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab. Es wurden auch aus anderen Garnisonen Truppen zur Verstärkung der militärischen Bereitschaft herbeigeholt. — Ueber die Blinderungen in Moskau wird berichtet, daß die Arbeiter die Arbeit noch immer nicht wieder aufgenommen haben. Die Plünderungen in den wohl-

habenden Stadtvierteln werden fortgesetzt, und zwar bei den reichen Fabrikbesitzern und sonstigen reichen Leuten ohne Unterschied der Nationalität. So drang der Pöbel auch in die Villa des englischen Konsuls ein, raubte, plünderte und demolierte sogar zum Teil das Haus. — Der Stadthauptmann von Moskau hat einen Maueranschlag verbreitet, worin der Bevölkerung mitgeteilt wird, daß der Vor die Einberufung der Duma angeordnet habe, damit ihm diese den Willen des Volkes unterbreiten könne.

Petersburg, 29. Juni. (P.-Tel. Ctr. Bln.) Der Oberbefehlshaber von Moskau, Fürst Jusupow, veröffentlichte einen weiteren Aufruf, diesmal namentlich an die Moskauer Arbeiter. Der Inhalt des Aufrufs ist: Der Genuß der Arbeiter bühnenden Aufrufes heißt wörtlich: Werdet nicht mutlos durch unsere zeitlichen Mißerfolge. Diese können vorkommen. Aber gerade zu solchen Zeiten soll man den Mut nicht verlieren, sondern seine Kräfte verdoppeln. — Die Erklärung für diesen von plötzlicher Liebeshörigkeit gegen die Arbeiterkraft überfließenden Aufruf findet man vielleicht in einem gleichzeitigen Maueranschlag des neuen Moskauer Polizeipräsidenten, wo es heißt: In ansehnlicher der umlaufenden Gerüchte über die Möglichkeit einer Wiederholung der Moskauer Unruhen habe ich sämtlichen Polizeibeamten eingeschärft, daß weitere Unruhen nicht geduldet werden. Wie bei dieser Fragen vorgegangen werden soll, davon habe ich bereits alle Polizeimeister persönlich instruiert. Auch für die eventuelle Einziehung militärischer Kräfte ist bereits Vorkehrung getroffen worden.

Noch immer keine Verlustlisten in Frankreich.

Wien, 29. Juni. (Eig. Tel. Ctr. Bln.) Dem „8 Uhr-Abendblatt“ wird über Genf aus Paris gemeldet: In der sozialdemokratischen Partei der Kammer ist es zu einem kühnen Aufruf gekommen. Die Mehrheit forderte die Rückberufung ihrer Minister aus dem Kabinett, falls die Regierung weiterhin die Veröffentlichung von Verlustlisten verweigert.

„Diesmal“ ist's Ernst.

Rotterdam, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Das „Journal des Débats“ behauptet, daß es diesmal mit der französischen Offensive ernst gemeint sei. Wenn auch Joffre seinen Plan verschweigt, so müsse doch der Verbrauch von 300 000 Artilleriegeschossen auf einer Frontlänge von 12 km. beweisen, daß die Klagen über den Munitionsmangel übertrieben sind und daß es sich jetzt um die bisher wichtigste Offensive handelt. Dagegen spricht der „Temps“ von einem Stillstand der französischen Operationen bei Arras.

Deutsch-französischer Invalidenaustausch.

Zürich, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Der Austausch Schwerverwundeter zwischen Frankreich und Deutschland dürfte nach einem Berner Bericht kaum vor dem 9. Juli beginnen. Die Ausschüsse für die Auswahl der zu befördernden Verwundeten begannen erst jetzt ihre Arbeiten in Lyon und Konstanz.

Belgischer Heereserfolg.

Von der holländischen Grenze, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Die Zahl der Belgier im Alter von 18 bis 25 Jahren, die sich in den nicht besetzten Teilen ihrer Heimat und in Frankreich für den Heeresdienst gemeldet haben, beträgt nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ 20 144.

Beschlagnahmtes deutsches Geld für die englische Kriegsanleihe.

Paris, 29. Juni. (Eig. Tel. Ctr. Bln.) Der englische öffentliche Fideikommiss für die Kriegsanleihe

2 1/2 Mill. Franken zeichnen, die aus deutschem beschlagnahmten Gelde stammen.

Anschläge auf kanadische Munitionsfabriken.

Windsor, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Aus Ontario wird gemeldet, daß die Polizei ein Komplotz entdeckte, dessen Absicht war, die Munitionsfabriken in Windsor in die Luft zu sprengen. Große Mengen Dynamit wurden in den Werkstätten einer Gesellschaft gefunden, die Autos für Rechnung der Regierung anfertigt.

Stimmungs- und Meinungswechsel in Italien.

Lugano, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Gestern priesen alle italienischen Blätter den Entschluß der Regierung, an der Dardanellenaktion teilzunehmen, als eine militärische und politische Notwendigkeit. Heute, da die Regierung die vom „Giornale d'Italia“ und der „Tribuna“ aus englischer Quelle stammende Nachricht demontiert, erklärt der „Corriere della Sera“ die Nichtteilnahme an dem Unternehmen für weise, weil die Entsendung eines kleinen Kontingents überflüssig, für große aber auf der kleinen Halbinsel Gallipoli zu einer selbständigen Aktion kein Platz sei, und weil Italien für die Erreichung des Hauptziels des Krieges alle seine Truppen gegen Oesterreich brauche. Auf dem Monte Citorio habe man wie von einem Alb befreit aufgeatmet, als die Nachricht sich nicht bewahrheitete. — Der „Secolo“ drückt das Demontieren ohne Kommentar ab, veröffentlicht aber darunter die gegnerischen Pressstimmen, die die Kriegserklärung gegen die Türkei für unvermeidlich erklären.

Misernte in Italien.

Lugano, 29. Juni. (P.-Tel. Ctr. Bln.) Am 6. Juni berichtete der Ackerbauminister im Ministerrat, daß der Stand der Ernte glänzend sei. Jetzt erhebt die „Tribuna“ einen Alarmruf, die Ernte werde infolge schlechter Witterung sehr spärlich ausfallen. Brot- und Mehlpreise wären schon jetzt infolge der Spekulation sehr hoch. Ähnlich schreibt das „Giornale d'Italia“, das die Regierung ermahnt, noch vor der Ernte Weizenhöchstpreise festzusetzen. Privatleute die Getreide ausführen zu verbieten und selbst für die Getreideeinfuhr Vorkehrungen zu treffen.

Serbien und Essad Pascha.

Kopenhagen, 29. Juni. (P.-Tel. Ctr. Bln.) Aus Nisch wird nach Paris gemeldet: Die Serben traten Tirano an Essad Pascha ab. Sie erkannten sein Recht auf diesen Bezirk an.

Die Papstworte.

Vatikanstadt, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Zum Papst-Interview Vatapias in der Pariser „Liberté“ äußert sich nun der Kardinal-Staatssekretär Gasparri in Form eines Interviews im klerikalen „Corriere d'Italia“. Vatapias habe durch Zulasse und Herausgreifen mancher Äußerungen aus dem logischen Zusammenhang die Gedanken des Papstes entstellt. Zu der österreichischen Anklage gegen das russische Heer, daß dieses 1500 Judenfamilien als Kugelfang vor sich hergetrieben habe, habe sich der Papst nicht äußern können, da die russische Darstellung über die betreffenden Vorgänge bisher fehle. Vom deutschen Generalgouverneur in Belgien v. Bissing sei weder bei dem Papst, noch bei dem Staatssekretär ein Brief des Inhalts eingelaufen, daß v. Bissing künftig mit größter Energie alle Gemaltheiten gegen Kirche und Klerus in Belgien unterdrücken werde. Der heilige Stuhl habe natürlich gewünscht, daß Italien dem Weltkriege fern bleibe, aber nur unter der Voraussetzung, daß Oesterreich die italienischen Forderungen erfülle. Dann habe der heilige Stuhl strenge Neutralität bewahrt, da die auf beiden Seiten kämpfenden zu seinen Söhnen gehören. Den Untergang der „Lusitania“ habe der Papst bedauert, aber keine Stellung dazu genommen, da ihm die Mittel fehlten, dem Tatbestand festzustellen.

Aus Deutsch-Südwestafrika.

Pretoria, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Die Truppen Bothas besetzten Otjivarango, Otjamsaba und Waterberg. Der Vormarsch wird fortgesetzt.

Der Unterseebootkrieg.

London, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Ein Unterseeboot griff gestern in der Nähe der irischen Südküste mehrere Schiffe an und versenkte den englischen Schoner „Edith“ aus Barrow.

Amsterdam, 29. Juni. (Eig. Tel. Ctr. Bln.) Nach einer Meldung aus Milfordhaven wurde die britische Bark „Dumfrieshire“ Montag morgen 25 Meilen südwestlich der Smalls von einem deutschen Unterseeboot torpediert. Die Mannschaft landete nachmittags in Milfordhaven.

Der große britische Dampfer „Indra“ wurde Sonntag nachmittag auf der Höhe von Tuscar in der Irischen See torpediert. Die Mannschaft wurde gerettet.

Eine diplomatische Äußerung über Amerikas Munitionslieferungen.

Berlin, 29. Juni. (T.-U., Tel.) Zu den amerikanischen Munitionslieferungen äußert sich Geheimrat Dr. Meyer-Gerhardt im „Tag“ wie folgt: Es ist leider nicht zu befechten, daß Aufträge über Lieferung von großen Munitionsmengen an die Gegner Deutschlands in den Vereinigten Staaten übernommen und aus-

Aus Frankfurt wird uns geschrieben: Langsam aber sicher gehen die Preise für sämtliches Vieh herunter. Eine wirkliche Freude ist es, zu sehen, wie die Schweinepreise fallen. Am letzten Markt im Mai hatten sie die Höfe mit 155–160 Pfg. für vollfleischige von 80–150 Kg. Lebendgewicht erreicht. Von da an geht es bergab mit ihnen. Geizern wurden nur noch für die gleiche Qualität 145–150 Pfg. gezahlt, das sind 3–5 Pfg. weniger gegen die Vorwoche. In gleicher Weise sind auch die übrigen Preise gefallen. Bei Kälbern ist ein Weniger von 2–7 Pfg. und bei Kühen ein solches von 1–5 Pfg. pro Pfund Schlachtgewicht.

